

Der endlose Tag

Der 11. September des Jahres 2001 ist weit mehr als das Datum eines furchtbaren Terrorangriffs: Nine-Eleven ist ein Symbol, die Kennmarke für eine Zeitenwende, die Amerika traumatisierte, die Welt veränderte und die Amtszeit George W. Bushs prägte.

FOTO: JAMES NACHTWEY/VII



Einstürzender Südturm des World Trade Center





Am Tag, der die Welt verändert, strahlt der Himmel tiefblau wie aus dem Malkasten der Impressionisten. Die Sonne taucht die Blätter in ein kräftiges Rot, die Schatten fallen in diesen frühen Morgenstunden des 11. September 2001 an der Ostküste Amerikas weich und flirrend, wie hingetupft. Es ist windstill.

Die Welt: schön und rund und friedlich, ein Poesiealbum. Wenige Minuten später geht ein Riss durch diese Welt, das Grauen beherrscht sie, sie ist ein Totenbuch.

Ein paradiesischer Morgen sei es gewesen, als sie in New York oder Washington zur Arbeit aufbrachen, als sie losgingen, die Kinder in die Vorschule zu bringen, als sie im Wagen auf dem Weg irgendwohin fuhren, sagten die Davongekommenen später. Was man eben so sagt, in seiner Hilflosigkeit, betäubt von dem Glück, einem Höllenschlund entronnen zu sein, der fast 3000 Menschen in den Tod riss, und auch aufgewühlt vom Schuldgefühl der Überlebenden.

8.46 Uhr, World Trade Center New York, Nordturm: Die von Terroristen gekaperte Boeing 767 der American Airlines, Flug Nummer 11, jagt zwischen dem 93. und 99. Stockwerk in den Wolkenkratzer. Beim Aufprall zerfetzen die Aluminiumtanks, der Treibstoff schießt heraus, entzündet durch den Funkenflug der Stahlteile. Im ganzen Gebäude schreien Menschen auf, klammern sich in Todesangst an Stühle, an Schränke, an alles, was sie zu fassen bekommen, fallen hilflos über Schreibtische, prallen gegen Wände. Verglühen sekundenschnell und fast ohne eine Spur zu hinterlassen in der Feuersbrunst.

9.03 Uhr, World Trade Center New York, Südturm: Die von Terroristen gekaperte Boeing 767 der United Airlines, Flug Nummer 175, bohrt sich zwischen dem 77. und dem 85. Stockwerk in den Wolkenkratzer. Beim Einschlag befindet sich das Flugzeug in einer starken Kurvenlage, offenbar hätten die Entführer ihr Ziel fast verfehlt, sie rissen die Maschine im letzten Moment herum. Die United ist bei ihrem Aufprall um einiges schneller als die American vor ihr: 943 anstatt 782 km/h. Wie bei einem Erdbeben schwankt der Boden, schleudert die schiere Wucht des Aufpralls die Menschen in den Tod. Die strukturellen Schäden am Gebäude sind noch verheerender als am anderen Turm.

Mitten in der Tragödie ereignen sich die Wunder, von denen Menschen ein Leben lang erzählen werden. Eines der drei Treppenhäuser bleibt intakt. Die von Panik und Weinkrämpfen geschüttelten Menschen aus den Stockwerken über der Einschlagstelle haben eine Chance, sofern sie rechtzeitig in die richtige Richtung gerannt sind. Wer in diesem Chaos nur ausharrt, wird von den teuflisch schnell vorwärtszüngelnden Flammen erfasst, im wahrsten Sinne des Wortes eingeäschert.



Gekaperte Boeing im Anflug auf den Südturm: Fast das Ziel verfehlt

Der südliche Turm stürzt um 9.59 Uhr ein, der nördliche um 10.28 Uhr. Und mit den Twin Towers verschwindet die Welt, wie sie bis dahin war.

Denn da ist ja nicht irgendein Hochhaus vom Terror gefällt worden, sondern das bedeutendste Symbol des Kapitalismus, das Schmuckstück der Welthauptstadt des Westens, der Inbegriff von Größe, Autorität und Überlegenheit der einzigen Supermacht auf Erden, die sich bis dahin für unverwundbar hielt.

Und es ist noch nicht vorbei.

Um 9.37 Uhr geht die Serie der mörderischen Anschläge weiter. Erst spaltet Ame-

ren, als 19 Terroristen vier Flugzeuge in Massenvernichtungswaffen umwandelten. Viele Bilder dieses 11. September 2001 haben sich unauslöschlich ins Gedächtnis eingebrannt: diese Verzweifelten, die sich in einem letzten Akt der Freiheit lieber aus 300 Meter Höhe in den Tod stürzen, als im Flammenmeer zu verglühen. Diese ascheverklebten Menschen, die aus den zusammenstürzenden Hochhäusern heraustorkeln, egal wohin, nur weg vom Ort des Schreckens. Dieser riesige graue Pilz, der entstand, als erst der eine, dann der andere Turm zusammengesunken waren. Dieser Riss im Pentagon, Symbol für den Riss, der durch die Welt ging.

Die einzige Verbindung der dem Tod Geweihten mit der Außenwelt ist das Handy. Sie rufen an, um sich zu verabschieden; aber mehr noch, um

denen, die sie töten wollen, nicht das letzte Wort zu lassen. Der britische Schriftsteller Ian McEwan fasst seine Eindrücke sechs Tage später so zusammen: *Ein Mann in San Francisco hatte geschlafen, als seine Frau aus dem World Trade Center anrief. Um sie herum brannte der Turm, und sie redete ins Handy. Sie hinterließ ihre Botschaft auf dem Anrufbeantworter. Ein Fernsehsender spielte sie uns vor, und irgendwie ertrug es der Ehemann, noch einmal zuzuhören. Wir hörten sie sagen, durch ihr Schluchzen hindurch, dass es kein Entinnen für sie gebe. Das Gebäude stand in Flammen, und es war unmöglich, durchs Treppenhaus zu entkommen. Sie rief an, um auf Wiedersehen zu sagen. Und ihr blieb jetzt nur noch eines zu sagen, diese drei Worte, die keine billige Kunst, kein Popsong oder Film, und sei es auch der schlechteste, jemals entwerfen kann: Ich*

**VIELE BILDER DIESES 11. SEPTEMBER
2001 HABEN SICH UNAUSLÖSCHLICH
INS GEDÄCHTNIS EINGEBRANNT.**

rican-Airlines-Flug Nummer 77 das riesige Pentagon, das Nervenzentrum der größten Militärmacht, die es in der Geschichte jemals gegeben hat. Dann, jetzt ist es 10.03 Uhr, bohrt sich United-Airlines-Flug Nummer 93 bei Shanksville im Bundesstaat Pennsylvania in den Erdboden und explodiert.

Wohin die Terroristen diese Maschine ursprünglich hatten steuern wollen – ins Weiße Haus, ins Kapitol? –, ist bis heute ungeklärt.

Das Flugzeug reißt am Ende nur einen riesigen Krater in einen Acker, weil eine Handvoll Passagiere wohl den Todesmut zum Angriff auf die Hijacker aufbrachte.

Fünf Jahre liegt dieses unfassbare Ereignis zurück, das die Welt erschütterte. Wie am Tag, als John F. Kennedy starb, wissen viele Menschen wohl für den Rest ihres Lebens genau, wo sie gerade wa-

liebe dich. Sie sagte es wieder und wieder, ehe die Verbindung abbrach. Und das haben sie alle in ihre Handys gesprochen, aus den entführten Maschinen und den brennenden Türmen. Es gibt nur Liebe und dann das Vergessen. Dem Hass ihrer Mörder hielten sie entgegen, was ihnen entgegenzuhalten blieb, Liebe.

Die fünf vergangenen Jahre wiegen schwer im Leben der Hinterbliebenen, sie wiegen auch schwer im Leben der Völker. Zwei Kriege fanden da statt, erst in Afghanistan, dann im Irak. Weder das eine noch das andere Land sind befriedet. Amerika und Europa fanden erst zueinander, entfremdeten sich schon kurz darauf wie nie zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg und kamen über den Misserfolg im Irak einander wieder näher.

AMERIKA SAH SICH EINER NIE UND NIMMER FÜR MÖGLICH GEHALTENEN VERWUNDBARKEIT AUSGESETZT.

Amerika, das nach seinem Selbstverständnis keine imperiale Macht (und falls doch, dann jedenfalls eine wohlthätige) sein wollte, sah sich im „Krieg“, und in diesem Krieg gegen den „Terror“ nahm sich der US-Präsident ungeheure Vollmachten im Inneren wie im Äußeren: Er setzte einen Teil der bürgerlichen Freiheiten außer Kraft, für die sein Land immer eingestanden hat; er erfand eine Doktrin des „vorbeugenden Zuschlagens“ gegen alle Staaten, die ihm der Terrorhilfe verdächtig schienen.

Amerika missachtet schon bald die weltweite Sympathie, die ihm unmittelbar nach dem 11. September entgegengeschlagen war – selbst in Teheran gingen Menschen für die unschuldigen Opfer spontan auf die Straße, für Frankreichs „Le Monde“ waren nach diesem Horrortag „wir alle Amerikaner“. Amerika übte sich in Alleingängen, zeigte Verachtung für tradierte Bündnisse und Institutionen wie die Uno, setzte willkürlich internationales Recht außer Kraft.

Seit dem Fiasko im Irak, seit dem moralischen Desaster in Abu Ghureib, seitdem Richter den Guantanamo-Gefangenen Rechte zusprechen, scheint das Pendel leicht zurückzuschlagen. Das „alte Europa“ ist aus amerikanischer Warte nicht mehr nur der Hort der tumben, für „appeasement“ anfälligen Toren, die Uno nicht allein eine überflüssige Einrichtung, Multilateralismus kein No-no. Amerika besinnt sich – halb widerwillig, halb willig – auf Zurückhaltung. Misserfolg ist ein unnachgiebiger Lehrmeister.

Auf der Strecke geblieben sind alle Illusionen auf rasche, nachhaltige Erfolge im Krieg gegen den Terror und beim Strukturwandel im Nahen Osten. Vieles ist in den letzten fünf Jahren anders, wenig ist

besser geworden. Die Welt ist eher friedlicher und unübersichtlicher. Osama Bin Laden, der dem Westen und vor allem der Supermacht Amerika den Krieg erklärt hat, ist noch immer auf freiem Fuß, vermutlich irgendwo im Grenzgebiet zwischen Pakistan und Afghanistan.

9/11 ist zum allgemeinverständlichen Kürzel geworden in vielen Sprachen. Mit 9/11 ging der alte Kalte Krieg endgültig zu Ende, und ein neuer begann, bei dem der Kampf gegen den Terrorismus, die nuklearen Gefahren und die Jagd nach den Ressourcen, von denen die Industriegesellschaften abhängen, einander durchdringen.

Weltpolitik ist immer ein multidimensionaler Vorgang, doch seit 9/11 sind noch ein paar Dimensionen dazugekommen.

Da ist natürlich al-Qaida, die Hydra, der immer neue Köpfe wachsen, wenn ein Kopf

– siehe Abu Mussab al-Sarkawi im Irak – abgeschlagen worden ist. Da ist Zentralasien, die neue sprudelnde Quelle für Öl und Gas, die Amerika strategisch für sich entdeckt hat. Da ist Afghanistan,

das nach dem Sieg gegen die Radikalen nun eine blutige Rückkehr der Taliban erlebt. Da ist Iran, dessen Atombomben-Ambitionen immer schwerer zu bremsen sind, und Nordkorea, das sich die Provokation leistet, ausgerechnet am amerikanischen Unabhängigkeitstag 2006 seine Raketen zu testen. Fast zwangsläufig ergibt sich auch die Konkurrenz zu Russland, das unter Wladimir Putin zunehmend aggressiv eine entscheidende Rolle in der Weltpolitik (wieder) einfordert – vor allem dank seiner riesigen Rohstoff-Ressourcen.

Amerika hat an Autorität, politisch wie moralisch, verloren, es ist nur noch militärisch die unfassbar überlegene Supermacht. Nach 9/11 begann Amerikas „unipolarer Moment“, wie der Publizist Charles Krauthammer, der Herold imperialen Ordnungsdranges, bereits Jahre zuvor geschrieben hat. Aber die Geschichtszeichen setzen jetzt schon andere Länder in anderen Weltgegenden. Das asiatische Jahrhundert erlebt seine Geburtswehen. Indien und, mehr noch, China vollziehen einen dramatischen wirtschaftlichen Aufschwung, beide Länder sehen sich schon als neue, nach Ebenbürtigkeit strebende Großmächte.

DIE BUSH-TAUFE: LEHRJAHRE EINES PRÄSIDENTEN

In diesem Sommer 2006 hielt sich George W. Bush ein paar Tage in Ungarn auf. Ungarn feiert den 50. Jahrestag seines Aufstands, der viele Menschen das Leben kostete, als die Rote Armee zugunsten der kommunistischen Führung intervenierte und Amerika aufs Intervenieren verzichtete. Es war Kalter Krieg, und die stillschweigende Übereinkunft der beiden Supermächte USA und Sowjetunion lautete:



US-Soldaten in der New Yorker Wall Street: So

keine Übergriffe über den Eisernen Zaun. Der Präsident legte am granitenen Mahnmal für die Opfer des Aufstands ein Bouquet aus weißen Lilien und purpurfarbenen Orchideen nieder, das ein rot-weiß-blaues Band zusammenhielt. Er hielt mehrere Reden, in denen er aus der Vergangenheit rasch in die Gegenwart schweifte, um der Geschichte eine Lehre abzugewinnen – seine Lehre: „Freiheit kann man verzögern, aber nicht versagen.“

Er sagte es über das Ungarn von damals, er meinte aber den Irak von heute. Immer wenn er über das Land redet, in dem er sich gerade aufhält, redet er zuerst und zuletzt über den Irak. Er mag offiziell nicht nachdenken über seinen Platz in der Geschichte. „Dazu weiß ich nichts, da sind wir doch alle schon tot“, sagt er in seiner schlichten Sprache. Aber George W. Bush



viele zerstörte Träume, so viele zerstörte Hoffnungen, so viel Leid

weiß natürlich, dass sein politisches Vermächtnis untrennbar verbunden ist mit dem Zweistromland.

Im Sommer unternahm der US-Präsident auch einen überraschenden Trip nach Bagdad. Im Irak hatte Nuri al-Maliki soeben die Regierung übernommen und tat sich mit einer Großoffensive gegen die Aufständischen hervor. Der Gast sagte, der „Unterschied“ sei „spürbar“ – und meinte das positiv. Doch wenn etwas spürbar ist, dann dies: Die Gemetzel werden noch blutiger, die Entführungen noch zahlreicher, Sunniten und Schiiten stehen sich noch unerbittlicher gegenüber. Der Exodus der irakischen Ärzte, Ingenieure und Lehrer beschleunigt sich dramatisch.

Bush sagt es immer, gerade eben auch vorvergangene Woche, dass Amerika weit davon entfernt sei, die Nerven zu verlieren:

„Solange ich Präsident bin, ziehen wir nicht ab.“ Er schickt nun sogar 2500 ehemalige Marines, die aus dem aktiven Dienst ausgeschieden und ins zivile Leben zurückgekehrt sind, noch einmal ein bis anderthalb Jahre in den Irak. Zwangsrekutierungen sind nicht mehr populär in Amerika und waren bislang nicht der Brauch.

Der amerikanische Präsident des Spätsommers 2006 ist ein anderer als der vom Spätsommer 2001, zumindest rhetorisch. Vorbei sind die flotten Cowboy-Sprüche: „Ich will sie tot oder lebendig.“ – „Entweder ihr seid für uns oder gegen uns.“ Die Ansprüche klingen irdischer: Irgendwann ein halbwegs befriedeter Irak, das wäre schon etwas, wenn auch viel weniger als ein demokratischer, blühender Irak als Modell für die gesamte Region. Der ver-

änderte Ton entspricht der Lage. 61 Prozent der Amerikaner halten mittlerweile den Irak-Einsatz für einen Fehler.

In den Hintergrund getreten sind die Nationalisten vom Schlag Richard Cheney und Donald Rumsfeld, die den Krieg orchestrierten, die (frisierten) Begründungen – von „Massenvernichtungswaffen“ bis zu den „Qaida-Verbindungen Saddam Husseins“ – lieferten, die dem Präsidenten die (falsche) Strategie eingaben und Illusionen über die fruchtbaren Weiterungen für den gesamten Nahen Osten nährten.

Geschmeidig gewandelt hat sich Condoleezza Rice. In der ersten Phase, als Nationale Sicherheitsberaterin, fabulierte sie noch über die „Atompilze“, die durch Saddam Husseins Nuklearrüstung drohten – auch sie muss eigentlich gewusst haben, dass dies Hirngespinnste waren. In der zwei-

ten Phase der Präsidentschaft Bush, als Außenministerin, wirbt sie einigermaßen geduldig um Geduld und Verständnis und Hilfe für die USA bei den Verbündeten.

Die Worte, die der außenpolitisch damals so wenig erfahrene US-Präsident George W. Bush fand (und nun kaum mehr benutzt), hatten unmittelbar nach Nine-Eleven zunächst wie Balsam für die verwundete Seele Amerikas gewirkt:

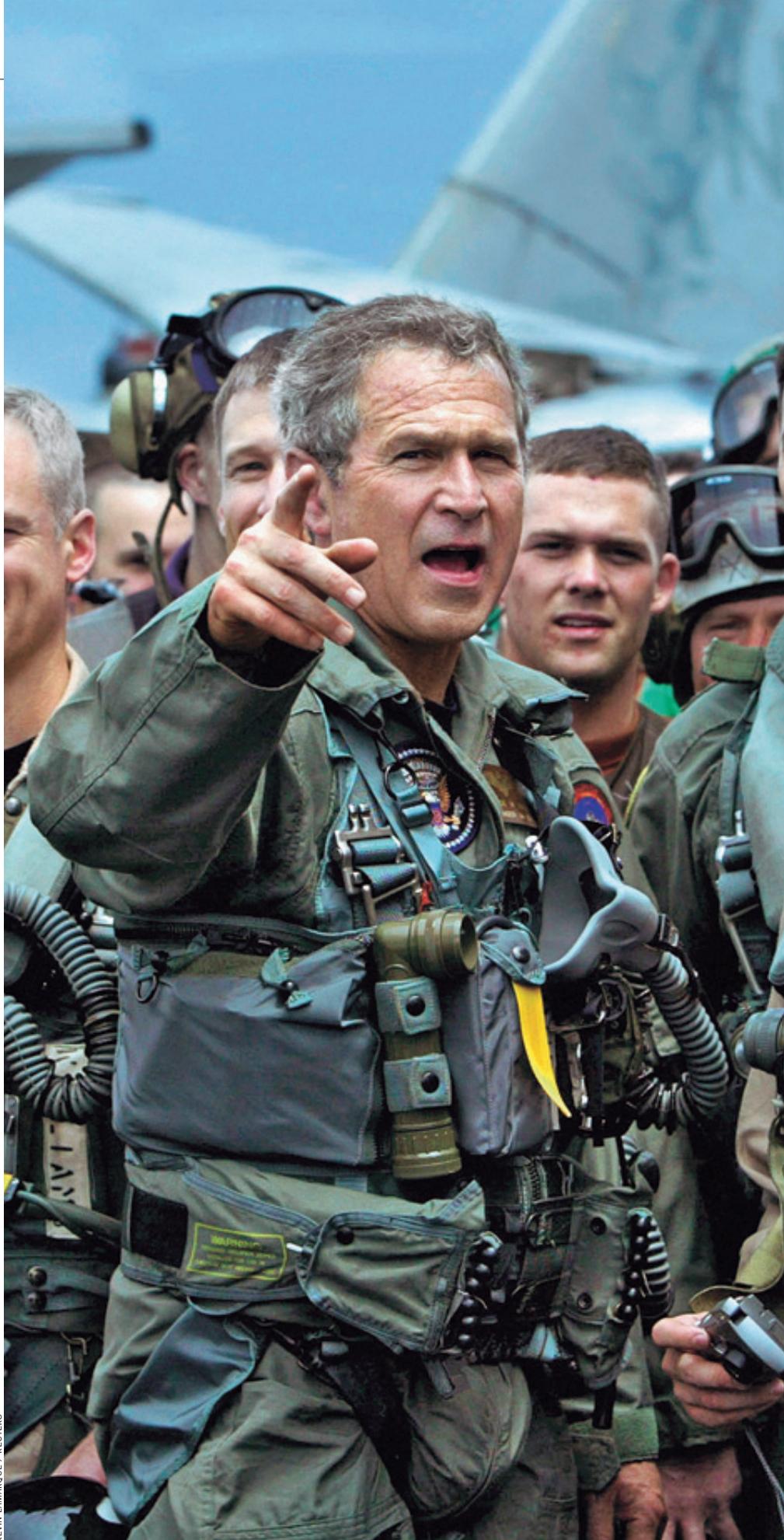
„Unsere Verantwortung gegenüber der Geschichte ist bereits klar: nämlich auf diese Anschläge zu reagieren und die Welt vom Bösen zu befreien. Gegen uns wurde ein heimtückischer, arglistiger und mörderischer Krieg geführt. Unsere Nation ist friedliebend, aber kämpferisch, wenn sie angegriffen wird. Andere haben Zeitpunkt und Bedingungen dieses Konflikts festgelegt. Wir werden Art und Stunde bestimmen, wann er endet“, sagte er. Die ungewollten Folgen solcher Kraftsprüche und die daraus resultierende Machtpolitik: Der Mann, der ursprünglich angetreten war, sein Land als der große „Versöhner“ zu einen, wurde fortan zu seinem großen Spalter.

Er lieh sein Ohr den Nationalisten in seiner Umgebung und den Neokonservativen innerhalb und außerhalb der Regierung. Aus beiden Strömungen entstand die Bush-Doktrin, die sich auf drei zentrale Punkte reduzieren lässt.

Nummer eins: Der 11. September darf sich nicht wiederholen, und deshalb müssen die Terroristen gejagt werden, wo immer sie sich aufhalten – auch wenn dazu von internationalen Rechtsnormen nicht abgedeckte Präventivschläge nötig sein sollten. Nummer zwei: Der Alptraum sind Staaten, die Terroristen wie das Qaida-Netzwerk schützen, ihnen womöglich noch Atomwaffen in die Hände geben können – sie sind mit allen Mitteln anzugreifen. Nummer drei: Amerika muss den gefährdeten Energienachschub aus der ölreichsten Region der Welt sichern, und dazu braucht das Land einen strategischen Brückenkopf in Nahost. Wie fragil etwa das proamerikanische Saudi-Arabien als Lieferant werden könnte, zeigten die dortigen Gegenströmungen zum korrupten Königshaus – allein 15 der 19 Nine-Eleven-Attentäter waren saudi-arabische Staatsbürger.

Die neuen alten Feinde Amerikas im Kampf gegen den Terrorismus nach 9/11 ergaben sich nahtlos daraus: Afghanistan, das Gastland der Qaida. Und dann der ölreiche und von einem blutrünstigen Diktator beherrschte Irak, der Terrorsponsor Iran, die unberechenbare, stalinistische Mächtegern-Atommacht Nordkorea, die „Achse des Bösen“. Die Therapie aus der Sicht des US-Präsidenten: „Das Überleben der Freiheit in unserem Land hängt zusehends vom Erfolg der Freiheit in ihren Län-

* Auf dem Flugzeugträger USS „Abraham Lincoln“ am 1. Mai 2003.



Kriegsherr Bush*: „Ich will sie tot oder lebendig“

dern ab. Die größte Hoffnung für den Frieden in unserer Welt ist die Ausdehnung der Freiheit in ihren Ländern.“

Cheney und Rumsfeld standen Bush 2001 nahe, sie übten Einfluss auf die Entscheidung aus, nicht nur Afghanistan anzugreifen, sondern auch den Regimewechsel in Bagdad militärisch zu erzwingen. Die „Befreier“ würden mit Blumen empfangen, wurde in anderen Regierungsbüros, wurden sie überstimmt. Zweifel in diesen Tagen grenzten an Landesverrat, Zweifel waren das Monopol für Leute ohne „fire in the belly“, ohne Leidenschaft, und diese Leute lebten vorzugsweise in Europa, genauer gesagt in Frankreich und Deutschland.

Zweifel gab es nicht, durfte es nicht geben, und wo Zweifler auftauchten, sei es in Colin Powells Außenministerium, in der CIA oder in anderen Regierungsbüros, wurden sie überstimmt. Zweifel in diesen Tagen grenzten an Landesverrat, Zweifel waren das Monopol für Leute ohne „fire in the belly“, ohne Leidenschaft, und diese Leute lebten vorzugsweise in Europa, genauer gesagt in Frankreich und Deutschland.

Die Bush-Doktrin brauchte ideologische Unterfütterung – sie sollte nicht als kalte Machtpolitik um Militärbasen erscheinen, um Erdöl. Und sie war ja auch noch mehr: der Versuch, den gesamten Nahen Osten Richtung Westminster-Demokratie umzukrempeln. Bernard Lewis, der Doyen moderner Orientalistik, lieferte mit zahllosen TV-Interviews und Zeitschriftenartikeln den Über-Unterbau. Der gebürtige Brite, Jahrgang 1916, beschreibt die Region nicht als sozialen, ökonomischen und politischen Sonderfall im Stillstand, sondern als geografischen Raum in ständiger Bewegung, in steter Unruhe, wie etwa Europa im 20. Jahrhundert zwischen den Weltkriegen. Im Herbst seines Lebens hatte der Professor plötzlich mehr Einfluss denn je.

Für Lewis liegen die Wurzeln des muslimischen Hasses auf den Westen in der Erfahrung ihrer Rückständigkeit. Sein Leitbild ist die Türkei, die Geburt eines säkularen Staates aus den Trümmern des Osmanischen Reiches. Wer die neuen Atatürks im Nahen Osten sein könnten, die Herrscher mit dem kühnen Blick für die Erfordernisse der Geschichte – diese Frage kann freilich auch er nicht beantworten.

Lewis fand aufmerksame Zuhörer im Weißen Haus. „Es war diese Epiphanie“, schrieb das US-Nachrichtenmagazin „Washington Monthly“ im Rückblick, „es war Lewis' kemalistische Vision einer säkularisierten, westlichen arabischen Demokratie, die sich von den Fesseln des Islam befreit hat und endlich aufbricht in die Moderne, die den Kern der gescheiterten Vision für den Irak ausmacht.“

DER BUSH-KRIEG: PRÄSIDENTENDÄMMERUNG

In Washington schienen Nationalisten wie Rumsfeld oder Cheney eine Symbiose mit den Neokons einzugehen, die in den Stiftungen und Think-Tanks sitzen und mit

Paul Wolfowitz, dem damaligen Stellvertreter Rumsfelds im Pentagon, ihre Leitfigur fanden. Im Grunde aber trennte Nationalisten und Neokons mehr, als sie verband.

Rumsfeld – er träumt neuerdings vom Einsatz von Mittel- und Langstreckenraketen gegen Terroristen – wollte den schlanken Krieg, schnell rein in den Irak und schnell wieder raus. Weder er noch Cheney sind Freunde des „nation building“, des Aufbaus rechtsstaatlicher Institutionen und eines politischen Rahmenwerks für ein Land, das weder das eine noch das andere besitzt. Sie sind Zyniker der Macht und des Machbaren. Sie traten dafür ein, dass ein nach Rache dürstendes Amerika auch weiterreichende Ziele als Afghanistan angreifen sollte – so denn die Argumente einleuchteten. Den „Nationalisten“ gelang es, mithilfe falscher Dokumente eine Verbindung zwischen Saddam, al-Qaida und dem Twin-Tower-Terror herzustellen.

Die Neokons hingegen sind Anhänger eines wohlmeinenden Imperialismus und

MEHR ALS JEDER ZWEITE AMERIKANER

HÄLT DEN MANN IM WEISSEN

HAUS INZWISCHEN FÜR „UNEHRlich“.

treten fürs „nation building“ ein. Sie plädierten dafür, die Region demokratisch „umzukrempeln“, anstatt wie in den siebziger und achtziger Jahren immer wieder sinistren Potentaten à la Schah von Persien oder den Sauds in Saudi-Arabien das Feld zu überlassen. Paradoxerweise neigten sie der Auffassung zu, dass Amerikas Streitmacht viel größer als 150 000 Mann sein sollte – 500 000 müssten es sein, hatte General John Shalikashvili gesagt und sich damit seine vorzeitige Pensionierung eingehandelt.

Rhetorisch stand Präsident Bush aufseiten der Idealisten. Er wollte den ganzen Nahen Osten demokratisieren und „zivilisieren“. Praktisch schlug George W. Bush sich aber auf die Seite der Zyniker, der Freunde des schnellen, glatten Krieges, die hofften, der Rest werde sich von selbst ergeben. So befahl er den Einmarsch in den Irak und verkündete am 1. Mai 2003 auf dem Flugzeugträger „Abraham Lincoln“ vor der kalifornischen Küste dessen frühzeitiges Ende: „Mission accomplished“.

Der Nahe Osten aber eignete sich nicht als Exerzierplatz grandioser Ideen. Er ist schon lange eine ungeheuer explosive Region. 9/11 hat seine Ursachen hier, 9/11 hat die Lage hier noch verschärft.

Im Irak sind schon viele Hoffnungen zerstorben. Die Lage sollte sich immer wieder bessern – als eine irakische Regierung den US-Administrator Paul Bremer ablöste, als Saddam Hussein aus seinem Erdloch auftauchte, als die Iraker eine Regie-

rung wählen durften, als die Verfassung verabschiedet wurde, als Sunniten in die Regierung eintraten, als Sarkawi getötet wurde. Die Lage besserte sich aber nicht, sie verschlimmerte sich stetig.

9/11 liegt fünf Jahre zurück, Frieden und Sicherheit im Irak mindestens fünf Jahre in der Zukunft, wenn es gutgeht. Die Lehre in dieser Region, in der jeder Herrscher in jedem Land jede Bewegung in jedem anderen Land genau beobachtet und für sich auswertet, lautet schlicht und einfach: Sicherheit ist nicht alles, aber ohne Sicherheit ist alles nichts. Stabilität ist wichtiger als Demokratie.

Die Gewinner sind anderswo. Dazu zählt sich gewiss Bin Laden, für den der Irak heute ist, was Afghanistan in den neunziger Jahren war, die Austragungsstätte des „Heiligen Krieges“ gegen die Supermacht der Ungläubigen. Der Gewinner ist auch Iran, ausgerechnet Iran, ohne großes eigenes Zutun. Das Regime der Mullahs, das in Saddam einen Erzfeind verloren hat, nimmt sich jetzt, was ihm zugefallen ist.

Im Süden des Irak wächst der Einfluss Teherans, weil die Schiiten dort die Mehrheit stellen. Je länger der Krieg dauert, desto größer fällt der politische Profit für die Mullahs aus. Präsident Mahmud Ahmadinejad, ein Mann mit Endzeitvisionen, gewinnt an Macht. Im Windschatten der Ereignisse, die Amerika schwächen, entwickelt Iran die technischen Voraussetzungen zur Entwicklung atomarer Waffen. Iran ist auf dem besten Weg zur regionalen Vormacht.

9/11 als Lebenselixier, als Chance zur Machtausdehnung für die Theokraten von Teheran, die Israel von der Landkarte löschen wollen – was für eine bittere Ironie der Geschichte.

Der Weg sollte Präsident Bush über Bagdad nach Jerusalem führen. Der geglückte Regimewechsel würde sich segensreich auf den Grundkonflikt zwischen Israelis und Palästinensern auswirken, lautete die optimistische Botschaft aus Washington. In Wahrheit fällt Washington auf absehbare Zeit als der Vermittler im Friedensprozess aus. Im Nahen Osten haben Hisbollah, Hamas und israelische Militärs das Sagen und Handeln übernommen. Nichts geht in dieser Region ohne die USA, aber auch mit den USA geht fast gar nichts mehr.

Amerika ist anders, Amerika bewegt sich auf einem Sonderweg, Amerika besteht darauf, sich nur an sich selbst zu messen. Es ist das modernste Land auf Erden, das auf erstaunliche Weise konservativ geblieben ist. Es ist Pornoproduzent Nummer eins und fromm bis zur Bigotterie. Es bastelt an Mini-Nukes zur Abwehr von Diktatoren und gewährt seinen Bürgern kaum regulierten Zugang zu Schusswaffen. Es entwickelt die modernsten

Computer der Welt und legt die Bibel wortgetreu aus. Es ist das freieste Land auf Erden, das sich jede Menge Tabus erlaubt. Es frönt einem sozial ungebundenen Kapitalismus, der aber, anders als in den fortgeschrittenen Ländern Europas, das Protestantische an der Arbeitsethik und damit die Grundlagen seines Fortschritts nicht auffrisst.

Wie stark die Wurzeln Amerikas sind, erwies sich am 11. September 2001. Eine Welle des ungehemmten Patriotismus erfasste das Land, tauchte es in die Nationalfarben Rotweißblau, machte die Rettungstrupps aus Feuerwehr und Polizei zu Helden und verblüffte den Rest der Welt mit dieser eindrucksvollen Demonstration der Geschlossenheit: United we stand.

Amerika war, anders als das RAF-geprüfte Deutschland, das Brigade-Rosse-ge-

Eigenschaft als Oberster Befehlshaber, legale Beschränkungen zu missachten, wenn es denn die Nationale Sicherheit verlangte. Zu den Grenzen, die er meinte überschreiten zu dürfen, gehörte das Verbot der Folter, das Verbot, Verdächtige an geheimen Orten zu inhaftieren, das Verbot, ohne richterliche Erlaubnis abhören zu lassen.

Aus der Logik, in Zeiten des Krieges stehe dem Präsidenten größtmögliche Machtbefugnis zu, ist Guantanamo als Gefangenenlager für „unlawful combatants“ entstanden, in dem die Inhaftierten praktisch keine Rechte genießen. Und bei Flügen der CIA quer durch Europa sind wohl Terrorverdächtige an Länder weitergereicht worden, in denen Folter zum Brauch gehört. In schöner Offenheit sagte Vizepräsident Cheney im November 2001:

„Wir glauben, so wird sichergestellt, dass diese Art von Leuten die Art von Behandlung bekommen, die sie verdienen.“

Der Mann, der die juristischen Grundlagen für die Befreiung des Präsidenten vom Gesetz begründete und die entsprechenden Erlasse formulierte, ist 49 Jahre alt, groß, bärtig, ansonsten keine besonderen Kennzeichen. So gut wie niemand kennt David Addington jenseits des Weißen Hauses.

„Er hält sich extrem fern vom Rampenlicht, die Tür zu seinem Büro bleibt immer geschlossen, sagen seine Kollegen, wegen der geheimen Dokumente in seinen Akten“, schreibt der „New Yorker“. „Er redet nicht mit den Medien, genauso wenig wie er Fotos für Nachrichtengeschichten von sich machen lässt.“

Addington kann sich den Gesetzen der Mediengesellschaft leicht entziehen, weil er nicht aufsteigen will, keinen anderen Job anstrebt als seinen jetzigen. Er ist der Stabschef des Vizepräsidenten, er denkt wie Cheney, er begleitet ihn seit vielen Jahren, man könnte ihn „Cheneys Cheney“ nennen.

Addingtons Einfluss nach den Anschlägen am 11. September war größer als der von John Ashcroft, dem Justizminister, der in der Öffentlichkeit als Scharfrichter der Regierung Bush auftrat. Denn Addington besaß einen besonderen Vorzug: Er war seit Ronald Reagans Präsidentschaft dabei, er kannte die Einschränkungen präsidialer Machtvollkommenheit – und er kannte die Möglichkeiten, die Einschränkungen auszuhebeln.

Es dauerte Jahre, bis der Oberste Gerichtshof reagierte. Im Juni 2004 urteilte der Supreme Court, dass die Gefangenen von Guantanamo Zugang zum amerikanischen Rechtssystem haben und vor einem ordentlichen US-Gericht ihre Inhaftierung anfechten können. In seiner Entscheidung Ende Juni brachte das Oberste Gericht George W. Bush eine noch schwerere Schlappe bei: Die vom Präsidenten ge-

AMERIKA LEGTE DEN SCHALTER UM, DAS PARLAMENT GAB BUSH SONDERVOLLMACHTEN.

prägte Italien, kaum von einem massiven Terroranschlag erschüttert worden (sieht man von Oklahoma City im April 1995 ab, der Wahnsinnstat eines einzelnen Amerikaners). Amerika sah sich einer nie und nimmer für möglich gehaltenen Verwundbarkeit ausgesetzt.

Amerika legte den Schalter um, das Parlament gab seinem Präsidenten, von dem es nicht wusste, ob er der Herausforderung überhaupt gewachsen sein würde, Sondervollmachten. Und George W. Bush beanspruchte viel, um diese Demokratie „wehrhaft zu machen“, wie er Mal um Mal sagte. Er beanspruchte, die Wertvorstellungen des Landes durch ein partielles Aussetzen seiner Verfassung neu zu definieren.

So entstanden Inseln im System, die durchaus undemokratisch waren, um nicht zu sagen: totalitäre Züge trugen. Knapp fünf Jahre nach 9/11 zog die „New York Times“ dieses Resümee: „Seit dem 11. September hat die Regierung Bush immer wieder die Notwendigkeit zu erhöhter Wachsamkeit gegenüber dem Terrorismus als Argument benutzt, um die Exekutive mit außergewöhnlichen Befugnissen auszustatten und sie freizustellen von der Form der Gewaltenteilung, die unser Regierungssystem normalerweise ausmacht.“

Vietnam und Watergate: vergessen. Einschränkungen für CIA, FBI und NSA: Vergangenheit. Bürgerrechte wie der Anspruch auf einen fairen Prozess, ja überhaupt einen Prozess: für bestimmte Gruppen dem Bedürfnis nach „Sicherheit vor dem Terror“ geopfert. Das System Guantanamo: übergeordnet dem Völkerrecht.

Im Weißen Haus hieß der Freiraum nach dem 11. September „das neue Paradigma“. Das erlaubte dem Präsidenten, in seiner



US-Gefangenenlager Guantanamo auf Kuba:

planten Militärtribunale in Guantanamo seien eine „Verletzung amerikanischen wie internationalen Rechts nach der Genfer Konvention“. Der blamierte Commander-in-Chief, der immer von einer „neuen Art Krieg“ geredet hatte, den er nach eigenen Vorstellungen führen müsse, sah sich aufgefordert, nun mit dem Parlament zusammenzuarbeiten.

Amerika legt den Schalter wieder um, aber ganz langsam.

Denn fünf Jahre danach ist der Schock über den 11. September noch lange nicht abgeklungen, das Trauma wirkt nach. Das bekommt vor allem die demokratische Opposition zu spüren. Für sie ist es äußerst schwer, das Land gegen seinen Präsidenten zu mobilisieren und Irak zum verlorenen Krieg zu erklären, der das Blut amerikanischer Soldaten nicht wert ist.



SHANE T. MCCOY / US NAVY / AP

„Verletzung amerikanischen wie internationalen Rechts“

Ein Teil von Amerika sieht sich seit dem 11. September 2001 grundsätzlich im Krieg gegen den Terrorismus. Für diesen Teil Amerikas ist Irak nur eine Schlacht, die auf der Kippe steht, der Krieg aber ist mehr als diese eine Schlacht und geht weiter. Bei den Kongresswahlen im November wird sich zeigen, ob das Bush-Amerika seine Mehrheit einzubüßen beginnt oder nicht.

**DAS BUSH-VERMÄCHTNIS:
DIE GESCHEITERTE REVOLUTION**

Von den vielen deprimierenden Zahlen der zweiten Bush-Amtszeit ist diese die für den Präsidenten wohl deprimierendste: Mehr als jeder zweite Amerikaner hält den Mann im Weißen Haus inzwischen für „unehrlich“. Selten in der Geschichte der USA hat sich zwischen einem Spitzenpolitiker

und seinem Volk eine solche Glaubwürdigkeitslücke aufgetan.

Sosehr George W. Bush nach wie vor auf begeisterte Anhänger zählen kann, auch immer noch im religiös-fundamentalistischen Teil der Republikaner, sosehr entfremdet sich der liberalere Teil seiner eigenen Partei von ihm. Parteiübergreifend deklarierten führende Sicherheitsexperten des Landes, darunter frühere Außenminister, Sicherheitsberater und Generäle, in einer von „Foreign Policy“ zusammen mit dem angesehenen Forschungsinstitut Center for American Progress durchgeführten Studie den Präsidenten gerade für schlicht gescheitert. 84 Prozent widersprachen der Aussage Bushs, dass Amerika den Krieg gegen den Terrorismus gewinne, 86 Prozent sahen die Welt nur noch gefährlicher werden; lediglich 10 Prozent glaubten an

positive Einflüsse des Irak-Krieges – eine niederschmetternde Bilanz.

„Der schlechteste Präsident aller Zeiten?“ titelte das US-Magazin „Rolling Stone“ im Mai. Sean Wilentz, Professor für Amerikanische Geschichte an der Princeton University, neigt dazu, die provozierende Frage zu bejahen – trotz starker Konkurrenz von etablierten Versagern wie James Buchanan (1857 bis 1861), der die USA in den Sezessionskrieg schlittern ließ, Andrew Johnson (1865 bis 1869), der vom Parlament des Amtes enthoben werden sollte, oder Herbert Hoover (1929 bis 1933), der ausgerechnet in den schlimmsten Zeiten der Weltwirtschaftskrise die staatliche Wohlfahrt abschaffen wollte.

Historiker Wilentz: „Sie haben wie Bush die Nation gespalten, erratisch regiert und das Land in einem miesen Zustand hinterlassen. Doch Bush ist eine Seltenheit selbst unter diesen Präsidenten: Er ist nicht nur in jedem entscheidenden Politikbereich schlimm gestrauchelt, er hat auch eine Schwäche gezeigt, die für die größten Versager im Weißen Haus charakteristisch ist – ein unerschütterliches Festklammern an einer schlichten Ideologie, die jedes Abweichen vom Dogma als Gotteslästerung betrachtet und so eine pragmatische Anpassung an wechselnde Realitäten verhindert.“

Ist über Bushs Vermächtnis wirklich schon das letzte Wort gesprochen? Kann und will der Präsident das Ruder vielleicht noch einmal herumreißen?

Der Präsident hat mehr als einmal klargestellt, dass die Vereinigten Staaten eine „offenkundige Bestimmung“ haben, den Rest der Welt nach ihrem Antlitz zu formen. Der Terrortag 9/11, der „Tag des Feuers“, wie er ihn in biblischer Wortwahl nannte, stand im Mittelpunkt seiner Rede zur zweiten Amtseinführung im Januar 2005. „Das Feuer wärmt diejenigen, die seine Macht spüren, und es verbrennt jene, die seine Ausbreitung bekämpfen.“ Dann fuhr er mit dem Versprechen fort, eines Tages werde „das ungezähmte Feuer der Freiheit die dunkelsten Ecken der Menschheit erreichen“.

Keinem in der Entourage des Präsidenten schien aufzufallen, dass „unbezahlbar“ doch auch „unbeherrschbar“ mit einschließt – mit allen negativen Folgen.

Und noch einmal, im März 2006, schrieb der „gutwillige Brandstifter“ („Süddeutsche Zeitung“) seine Botschaft als Menektekel an die Wand. Auszug aus der aktualisierten Nationalen Sicherheitsstrategie: „Amerika ist im Krieg. Wir werden unsere Feinde im Ausland bekämpfen, statt zu warten, bis sie in unserem Land ankommen. Wir werden kühn handeln für die Sache der Freiheit, uns niemals dem Bösen unterwerfen, mit dem letztlichen Ziel, die Tyrannei in der Welt zu beenden.“ Das

klank wie Altes Testament, nicht wie neue Einsicht, wie Amtszeit zwei gleich Amtszeit eins. Nach Flammenschwert, Wildwest und Bush-Doktrin for ever.

Aber in Wahrheit reitet der Cowboy schon in den Sonnenuntergang seiner Revolution. Denn es gibt ein Leben jenseits der revolutionären Lagerfeurrhetorik, und das heißt Realität. Irgendwann einmal ist der Punkt erreicht, da ist diese Wirklichkeit so offensichtlich, dass sie sich nicht mehr leugnen lässt. Die letzten zwei Bush-Jahre könnten eher von diplomatischen Bemühungen als von Präventivschlägen geprägt sein.

Bush übt sich neuerdings in Selbstkritik. Im Beisein seines Freundes und Mitstreiters Tony Blair gab er in London zu, seine Worte, er wolle Feinde „tot oder lebendig“

FÜNF JAHRE NACH DEM 11. SEPTEMBER

KRISTALLISIERT SICH EINE NEUE

INTERNATIONALE ORDNUNG HERAUS.

präsentiert bekommen, könnten „in bestimmten Teilen der Welt fehlinterpretiert worden“ sein. Und Nordkorea hatte er noch vor vier Jahren militärisch gedroht („Der einzige Pfad der Sicherheit ist der Pfad der Aktion“), nun ist seine Botschaft selbst nach den jüngsten provozierenden Raketentests von ungewohnter Milde: „Wir wollen sicherstellen, dass wir mit unseren Freunden zusammenarbeiten und eine gemeinsame Botschaft Richtung Pjöngjang senden.“

Diplomacy first – so klingt es nun auch gegenüber der Möchtegern-Atommacht Iran. Hinter den Kulissen unternimmt der Präsident den Versuch, Moskau zu Sanktionen gegen Teheran im Uno-Sicherheitsrat zu bewegen – und sei es mit umstrittenen Konzessionen wie einem milliardenschweren Deal zur Lagerung von Atomwaffen.

Gegenüber dem „alten Europa“ keine schroffe Abmahnung mehr, sondern eine Charme-Offensive: die George-and-Angie-Show, transatlantisches Anbietermeier.

Nicht zuletzt durch die verfehlte US-Außenpolitik sind aber alte Brandherde jenseits von Europa wieder entflammt oder neue Brandherde entstanden. Der internationale Terror, aus seiner alten Zentrale Afghanistan (leider wohl nur vorübergehend) vertrieben, hat im Irak eine neue Zentrale gefunden.

Die Verbreitung von Atomwaffen ist zu einer kaum noch zu bremsenden Weltgefahr geworden: Nordkorea hat sich zur Nuklearmacht deklariert, Iran strebt offensichtlich nach Kernwaffen. Das Mullah-Regime fühlt sich durch Amerikas Irak-Fiasko gestärkt. Die Hisbollah hätte, ohne stillschweigende Duldung Teherans, wohl kaum Israel zur Invasion im Libanon provoziert. Im Gegenzug tut sich

Washington äußerst schwer damit, Israel bei seinem Feldzug zur Neuordnung der nahöstlichen Landkarte zu bremsen.

In Somalia ist aus einem weiteren sich auflösenden afrikanischen Staat ein neues Islamistenzentrum entstanden. Und Bush sieht sich gezwungen, gegenüber seinem schwierigen und undemokratisch regierten Partner Pakistan Konzession um Konzession zu machen – zu wichtig ist dessen Rolle bei der Bekämpfung des Terrors.

Das Verblässen der Bush-Revolution wurde noch durch ein anderes Phänomen der internationalen Politik beschleunigt: den gravierenden Mangel an Energiesicherheit, die Sorge um (bezahlbares) Erdöl und Erdgas.

Washingtons Versuch, den Irak-Krieg aus den dortigen Erdöleinnahmen zu finanzieren, ist zumindest vorläufig gescheitert. Durch fast tägliche Sabotage zurückgeworfen, produziert das Zweistromland kaum mehr als zwei Drittel des schwarzen Goldes aus Saddam-Tagen.

Dringend benötigte Investitionen im Irak bleiben wegen der Terrorgefahr aus.

Mit seinen riesigen Rohstoffreserven hat sich Russland als Großmacht auf der internationalen Bühne zurückgemeldet. Die energiehungrigen asiatischen Riesen China, Indien und Japan verlassen sich beim Poker um die Pipelines längst nicht mehr auf die USA oder Europa. Die Ressourcen aus dem Bauch der Erde sind zu einem weltwirtschaftlichen Einflussmittel ersten Ranges geworden und haben eine Fülle neuer Akteure in die Arena der internationalen Politik gespült. Staaten wie Venezuela, Angola und Kasachstan sehen sich plötzlich von allen großen Mächten umworben.

So knapp ist der Erdöl-Erdgas-Markt, dass selbst kleine Mitspieler wie Bolivien oder der Tschad mit der Drohung von Verstaatlichung oder Lieferstopp ein mittleres Erdbeben auslösen können.

Der texanische Erdöl-Mann Bush hat seine Landsleute in einer Kehrtwende seiner Politik zum Energiesparen aufgerufen und als großes Ziel die Unabhängigkeit des amerikanischen Energiemarkts von den politisch unsicheren nahöstlichen Förderländern „innerhalb von zwei Jahrzehnten“ verkündet. Er hat in Washington die Präsidenten Nursultan Nasarbajew und Ilham Alijew aus Kasachstan und Aserbaidschan empfangen – beides feudalistische Autokraten, deren Wahlsiege durch offensichtliche Manipulationen zustande kamen. Eigentlich Politiker, die Bush ächten müsste, aber die erheblichen Demokratiedefizite wurden kaum angesprochen; beide sind Repräsentanten besonders rohstoffreicher Länder, deren Ressourcen Washington nicht dem Zugriff Russlands überlassen will.

Das ist Realpolitik pur: Macht wird durch Verfügbarkeit über Bodenschätze umverteilt.



Explosion einer Autobombe in Bagdad (2005):

Fünf Jahre nach 9/11 kristallisiert sich eine neue internationale Ordnung heraus. Obwohl die USA mit großem Abstand die wirtschaftliche und militärische Nummer eins bleiben, kann von Unipolarität und US-Hegemonie keine Rede mehr sein. Der Aufstieg Chinas und Indiens zu großen Mächten sowie die Rückkehr Russlands in die erste Reihe sind nicht mehr zu leugnen. Aber es sind noch mehr Kraftzentren entstanden, viele mittlere und kleine Akteure, politisch-staatliche und private, die um Einfluss ringen: „Hyperpolar“ hat der in Venezuela geborene, in den USA als Chefredakteur der Zeitschrift „Foreign Policy“ arbeitende Ökonom Moises Naím diese Welt genannt. Sie ist zersplittert, unübersichtlich, unberechenbar. Aber nicht hoffnungslos.



SAMIR MIZBAN / AP

Neue Zentrale für den internationalen Terror

Die Selbstheilungskräfte der amerikanischen Demokratie sind unverkennbar, unzerstörbar – wie der Oberste Gerichtshof bewies, funktioniert die Gewaltenteilung. Die freie (und oft allzu patriotische) Presse prangert mittlerweile die Verfehlungen der Regierung an: „Der Horror des 11. September wurde in verstörendem Ausmaß zu einer Entschuldigung, die präsidentialen Machtbefugnisse auszudehnen. Das Ergebnis ist niederschmetternd. Auf bürgerlichen Freiheiten wurde herumgetrampelt. Das Bild unserer Nation als Champion der Menschenrechte ist schwer beschädigt“, schreibt die „New York Times“. Letztlich wird sich Präsident George W. Bush dem Gesetz und der Verfassung beugen müssen. Vielleicht bleiben seine Ausflüge in die Welt der Sondervollmachten eine

kleine Episode in der amerikanischen Geschichte.

Innerhalb der islamischen Welt gibt es hier und da Proteste gegen die Dschihadisten, die Terrorprediger, die den Glauben gehijackt haben. Vorsichtig beginnen arabische Politiker, sich von radikalen Kräften wie der Hisbollah und der Hamas, von Entführungen und Selbstmordattentätern zu distanzieren. In den neuentstehenden Zivilgesellschaften sind es die nachdenklichen, die jungen Führungspersönlichkeiten, die der Gewalt abschwören wollen. Die darauf verweisen, dass beim Anschlag auf New York und Washington Angehörige aller Religionen ums Leben gekommen sind, auch zahlreiche Muslime.

Fünf Jahre – und ein Anfang.

Es wird wieder eine schlichte Zeremonie geben, um der Ermordeten zu gedenken. Eine Lesung der Opfernamen. Die Angehörigen werden am New Yorker Ground Zero gerahmte Fotos ihrer Lieben in den Händen halten, manche auch eine einzelne Rose. Sie werden Trost suchen bei den anderen Mitbetroffenen, sich an die klammern, die verstehen, was sie durchmachen.

So viele zerstörte Träume, so viele zerstörte Hoffnungen, so viel Leid. Sie werden Trauer tragen, Tränen vergießen, noch einmal wird es ihnen das Herz zerreißen über das Für-immer-Unfassbare. Eine Schweigeminute wird New York stillstehen lassen. Und dann werden sie nach Hause gehen, weiterleben.

Fünf Jahre – und kein Ende.

ERICH FOLLATH, GERHARD SPÖRL